

Jahreshauptversammlung Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V.  
15. März 2008

**Vortrag: Dr. Christiane Wessels, Zentrum Bildung – Fachbereich  
Erwachsenenbildung und Familienbildung, Zentrum Bildung der EKHN**

## **In den Gärten der Gerechtigkeit**

### **Die Aktualität des Themas**

*„Der Verband fördert das Engagement von Frauen bei der Gestaltung von Kirche und Gesellschaft“*, heißt es in der Präambel der Satzung des Verbands der Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau e.V..

Verantwortung zu übernehmen bei der Gestaltung von Kirche und Gesellschaft, ist eines der wesentlichen Anliegen des Verbands. Dazu müssen der Verband und seine Mitglieder gewissermaßen „am Puls der Zeit“ sein und sich ihrer Traditionen und ihrer Grundlagen bewusst sein. Kaum ein anderes Thema eignet sich wohl so gut dazu, diese Verbindung zu schaffen, wie die Frage der Gerechtigkeit. Es ist ein Thema, das im Kontext der verfassten Kirche, der Diakonie und auch der Evangelischen Frauenarbeit eine lange Tradition hat. Zugleich ist es tagespolitisch von großer Aktualität. Das möchte ich anhand einiger Beispiele zeigen.

Was dabei grundsätzlich auffällt ist, dass wir uns zumeist dann mit Gerechtigkeit befassen, wenn wir etwas als ungerecht empfinden. Die Ungerechtigkeit ist sozusagen der Auslöser dafür, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie denn gerechte Verhältnisse aussehen müssten.

Ein aktuelles Beispiel, das mir dazu einfällt, ist ein Skandal der in den letzten Monaten Schlagzeilen gemacht hat: die so genannte „Liechtensteiner Steueraffäre“ oder auch „Kapitalflucht nach Liechtenstein“. Immer mehr wohlhabende Menschen nutzen offenbar jede sich bietende Möglichkeit - ob legal oder illegal – um Steuern zu sparen, bzw. zu hinterziehen. Die Frage der Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit stellt sich hier auf unterschiedlichen Ebenen. Einmal geht es natürlich um die Frage, wie gerecht ist ein Steuersystem, das einem bestimmten Klientel solche Möglichkeiten eröffnet. Die Frage nach Gerechtigkeit stellt sich aber auch auf der Ebene von Personen. Immerhin geht es hier auch um die Frage der Rechtschaffenheit von Menschen. Zudem handelt es sich häufig um Personen in herausgehobenen gesellschaftlichen Positionen, die auch Vorbildfunktion haben und die sich der Verantwortung für das Gemeinwohl entziehen.

Das gerade geschilderte Beispiel erfährt eine ganz besondere Brisanz in Zeiten, in denen die Verteilung und Einkommen und Vermögen in den einzelnen Bevölkerungsschichten ganz offensichtlich immer mehr auseinander driftet. Aktuelle Daten zur Einkommensentwicklung zeigen, dass die Zahl der Niedrigverdiener steigt, ebenso der Anteil der Spitzenverdiener. Gleichzeitig sinkt aber die Zahl derer mit durchschnittlichem Einkommen – mit anderen Worten die Mittelschicht schrumpft. Trotz Aufschwung sinken die realen Nettolöhne der Beschäftigten und die Angst vor dem sozialen Abstieg wächst.

In Deutschland ist die Debatte um soziale Gerechtigkeit und Verteilung von Armut und Reichtum in der Gesellschaft eng verknüpft mit dem Schlagwort „Hartz IV“. Die Zahl der so genannten „Arbeitslosengeld II Empfänger“ beträgt zur Zeit etwa fünf Millionen Menschen. Mehr als zwei Millionen Kinder unter 14 Jahren zählen zu den Hartz IV- Empfängern. Ein Leben unter diesen Bedingungen heißt für viele Menschen, permanenter Mangel an finanziellen Mitteln, Anerkennungsverlust, das Gefühl ausgegrenzt zu sein und der Verlust sozialer Kontakte. Besonders erschreckend sind die Folgen für Kinder, wie aktuelle Untersuchungen zeigen. Für Kinder bedeutet der Umgang mit Armut, Perspektivlosigkeit, Existenzängste, Motivationsschwäche und häufig auch gesundheitliche Probleme.

Insgesamt entsteht mit dem weiteren Auseinanderdriften von Arm und Reich eine sehr brisante Gemengelage! Wie viel Ungleichheit hält eine Gesellschaft aus? Diese Frage stellt sich auch weltweit. Schon lange ist klar, dass globale soziale Gerechtigkeitsfragen eng mit der Frage nach Frieden in der Welt verbunden sind.

Neu in den Blick geraten jetzt Forderungen nach ökologischer Gerechtigkeit. Denn die Folgen von Klimawandel, Umweltschäden und der Zerstörung der natürlichen Ressourcen sind weltweit ungleich verteilt. Vor allem die Staaten auf der nördlichen Halbkugel verursachen die fortschreitende Umweltzerstörung, während die Staaten des Südens stärker unter den Folgen zu leiden haben. Aber auch innerhalb so genannter Schwellenländer gibt es drastische Unterschiede in der Betroffenheit von Umweltbelastungen. So sind es vor allem die Bewohner der riesigen Slums, die die Großstädte umgeben, deren Gesundheit unter Umweltbelastungen leidet. Nicht allein global sondern auch im Hinblick auf zukünftige Generationen gibt es ungleiche Auswirkungen. Und es stellt sich die Frage ob die heutigen Formen des Wirtschaftens und des Umgangs mit Ressourcen gerecht gegenüber der zukünftigen Generation sind.

Sowohl soziale als auch ökologische Gerechtigkeit sind schon lange Thema im kirchlichen Bereich. Ich nenne hier als Beispiel den „Konziliaren Prozess Frieden Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“, der sich seit mehr als zwanzig Jahren damit befasst oder auch das so genannte Sozialwort der Kirchen, das sich dezidiert zum Thema soziale Gerechtigkeit geäußert hat. Immer wieder beziehen Kirche und Diakonie aktuell Stellung, wenn es um Fragen der gerechten Verteilung von Ressourcen und der Bedrohung von Armut geht. Zu nennen sind hier beispielsweise die so genannten Tafeln, an denen sich einzelne Kirchengemeinden der EKHN oder die regionalen Diakonischen Werke beteiligen. Ganz aktuell will ich hier noch zwei Ereignisse bzw. Aktionen erwähnen: Kirchenpräsident Prof. Steinacker wird sich am kommenden Dienstag in der Sendung Stadtgespräch des Hessischen Rundfunks zum Thema „Armes Deutschland“ äußern. „Armut hat viele Gesichter“ ist auch der Titel einer aktuellen Aktion des Zentrums Bildung, mit der die zunehmende Armut von Kindern in den Blick genommen werden soll.

Auch der Verband der Ev. Frauen in Hessen und Nassau verortet sich in dieser kirchlichen Tradition Partei zu ergreifen für die Schwachen und für die Bewahrung der Schöpfung - dazu noch einmal ein Blick in die Präambel des Verbands:

*„In allen Arbeitsfeldern setzt sich der Verband für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung ein und weiß sich eingebunden in die weltweite Ökumene.“*

## **Feministische Perspektiven: Gerechtigkeit und das Gute Leben**

Vorstellungen von Gerechtigkeit sind oft verbunden mit Konzepten und Theorien vom „guten Leben“. Solche Überlegungen finden sich schon bei dem griechischen Philosophen Aristoteles. Seit einiger Zeit gibt es aber auch sehr interessante Neuformulierungen zum guten Leben aus feministischer Perspektive, z. B. in der feministischen Ethik, hier vor allem durch die amerikanische Philosophin Martha Nussbaum. Bei der Ethik des guten Lebens geht es in erster Linie um die Schaffung gerechter Lebensverhältnisse als Voraussetzung zu einem guten Leben, also z.B. Bürgerinnen- und Bürgerrechte für alle, Chancengleichheit etwa im Zugang zu Beruf und Bildung, soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Das wären wichtige Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um ein gutes Leben oder mit anderen Worten, ein reichhaltiges, erfülltes Leben führen zu können.

Feministischen Philosophinnen geht es darum, dass Menschen die Möglichkeit haben, ihr eigenes Leben führen zu können, im Sinne individueller Freiheit. Sie betonen aber zugleich auch die Bedeutung der Fähigkeit, in Verbundenheit mit anderen zu leben. Verantwortung für sich selbst übernehmen zu können, und ebenso für andere - beide Aspekte sind gleichermaßen wichtig für feministische Ethikerinnen. Dazu gehört auch die wechselseitige Anerkennung von Selbst und Anderem. In einem feministischen Gleichheitsverständnis geht es um Gleichheit ohne Angleichung.

Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit wird speziell in der feministischen Politikwissenschaft diskutiert. Einige aktuelle Entwicklungen in der Debatte um eine Neuformulierung von sozialer Gerechtigkeit werden von feministischen Forscherinnen sehr kritisch beurteilt, vor allen Dingen folgendes:

- Fragen nach sozialer Gerechtigkeit werden zunehmend in den Bereich des Privaten, insbesondere die Familie verlagert. Es gibt eine zunehmende Betonung von Eigenverantwortung für die soziale Lage und eine gleichzeitige Entpolitisierung. Die Rolle des Staates wird als „aktivierender Staat“ definiert.
- Es entstehen neue Hierarchien unter Frauen und Differenzen zwischen Frauen verschärfen sich, ausgelöst vor allem durch die Liberalisierung und Deregulierung von globalen Märkten.

Aus einer feministischen Perspektive lassen sich in sehr stark verkürzter Form folgende Schlussfolgerungen ziehen:

Fragen der Verteilung von Ressourcen, soziale und ökonomische Ungleichheiten müssen wieder verstärkt thematisiert werden.

Das Problem der zunehmenden Differenz zwischen Frauen erfordert eine Politik der Anerkennung, die vor allem kulturelle Unterschiede in den Blick nimmt. Immer schwerer wird es mit einem „wir“ der Frauen zu argumentieren. Bei aller Differenz ist aber trotzdem solidarisches Handeln möglich – im Sinne einer Forderung nach Gleichheit ohne Angleichung.

Anerkennung, Umverteilung und Solidarität sind daher auch die drei zentralen Begriffe des Jahresthemas, auf die wir uns als Projektteam verständigt haben. Sie bilden gewissermaßen einen roten Faden für das Jahresthema.

Damit wäre ich auch beim letzten Teil meiner kurzen inhaltlichen Einführung, nämlich der Vorstellung der Ziele, die der Verband mit dem neuen Jahresthema verbindet.

### **Welche Ziele verbindet der Verband mit dem Thema Gerechtigkeit?**

Die Frage „was ist überhaupt Gerechtigkeit?“ lässt sich kaum abschließend beantworten. Ich denke, das hat meine kurze inhaltliche Einführung deutlich gemacht. Aufgabe des Projekts soll es sein, **einen Diskussionsraum zu eröffnen** und unterschiedliche Ansätze und Aspekte von Gerechtigkeit aufzugreifen und gegenüber zu stellen. Es geht darum biblische und theologische und gesellschaftspolitische Entwürfe und feministisches Denken zusammen zu bringen.

In Aktionen, Veranstaltungen, Verlautbarungen u.a. zum Thema „Gerechtigkeit“ sollen:

- Erfahrungen von Ungerechtigkeit zur Sprache gebracht werden
- nach Ursachen und Bedingungen von Ungerechtigkeit gesucht werden
- Möglichkeiten der Veränderung entwickelt, benannt und in die kirchliche und gesellschaftliche Öffentlichkeit getragen werden

**Das bedeutet, wir wollen uns orientieren am so genannten Dreischritt: sehen – urteilen – handeln.**

Das Jahresprojekt soll außerdem als Möglichkeit genutzt werden,

- die **Selbstreflexion von haupt- und ehrenamtlichen kirchlichen Mitarbeiterinnen – insbesondere in Bildungs- und Beratungsprozessen – anzuregen**. In Zusammenhang mit der Beschäftigung mit Gerechtigkeit in Bildungsprozessen geht es vor allem darum, den eigenen Anteil an so genannten Dominanzbeziehungen zu erkennen.
- Es soll die Möglichkeit bestehen, Verfahren kennen zu lernen und anzuwenden, die das Gegenüber als Subjekt ernst nehmen und einen Dialog auf Augenhöhe ermöglichen - bei aller Differenz.

Die Beschäftigung mit dem Thema Gerechtigkeit hat in der Frauenverbandsarbeit eine lange Tradition. Im Rahmen des Jahresprojekts sollen:

- bestehende Projekte des Verbands, seiner Mitglieder und Frauen in der EKHN gesichtet, analysiert und bekannt gemacht werden
- neue Akzentsetzungen beraten und ggf. neue Aktionen erprobt werden
- neue kirchliche und außerkirchliche Kooperationspartnerinnen und – partner gewonnen werden.

Deshalb lautet auch das vierte Ziel dieses Jahresprojekts:

**Aktionen des Verbands und seiner Mitglieder zum Thema Gerechtigkeit aufzeigen, öffentlich machen und weiter entwickeln.**